

<b>Vorlage Nr. I 3/2024</b>		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>nein</b>	Anzahl Anlagen: 0

## **Vorzeitige Besetzung bewilligter Stellen in der Abteilung Migration und Einbürgerung**

### **A Problem**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit hat in seiner Sitzung am 25. September 2023 die Stellenplananträge 2024/2025 für den erforderlichen Personalmehrbedarf in der Abteilung Migration und Einbürgerung des Bürger- und Ordnungsamtes (Vorlage I/29/2023) zur Kenntnis genommen und dem Personal- und Organisationsausschuss weitergeleitet.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat in seiner Sitzung am 30. Januar 2024 die Personalmehrbedarfe für den Haushalt 2024/2025 (Sachgebiet Ausländerwesen 2,0 Stellen EG 9b TVöD/VKA sowie Sachgebiet Einbürgerung 2,0 Stellen EG 9a TVöD/VKA) bewilligt.

### **B Lösung**

Eine Besetzung des Personalmehrbedarfes kann erst zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025 erfolgen. Der Bedarf für eine Besetzung vor Inkrafttreten des Haushaltes besteht unverändert fort (Begründung in der Vorlage I/29/2023). Hinzu kommen nun die auf Bundesebene beschlossenen Veränderungen des Aufenthaltsrechts (Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung; Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts; Rückführungsverbesserungsgesetz).

Es ist daher notwendig, einen – bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025 – befristeten überplanmäßigen Bedarf bereitzustellen. In Abstimmung mit dem Personalamt kann eine Besetzung u. a. mit Rückkehrern aus dem Angestelltenlehrgang II erfolgen.

### **C Alternativen**

Keine, die adäquat wären.

### **D Auswirkungen des Beschlussvorschlags**

Es entstehen zusätzliche Personalkosten bis zum Inkrafttreten des Haushaltes 2024/2025 – abhängig vom Zeitpunkt der Besetzung.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

**E Beteiligung / Abstimmung**

Eine Abstimmung erfolgte mit dem Personalamt. Der Personal- und Organisationsausschuss wird in seiner Sitzung am 11. März 2024 beteiligt.

**F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Keine /Eine Veröffentlichungspflicht nach dem BremIFG besteht.

**G Beschlussvorschlag**

Vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 11. März 2024 beschließt der Ausschuss für öffentliche Sicherheit den unter B Lösung benannten überplanmäßigen Bedarf bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2024/2025 in der Abteilung Migration und Einbürgerung des Bürger- und Ordnungsamtes.

Grantz  
Oberbürgermeister